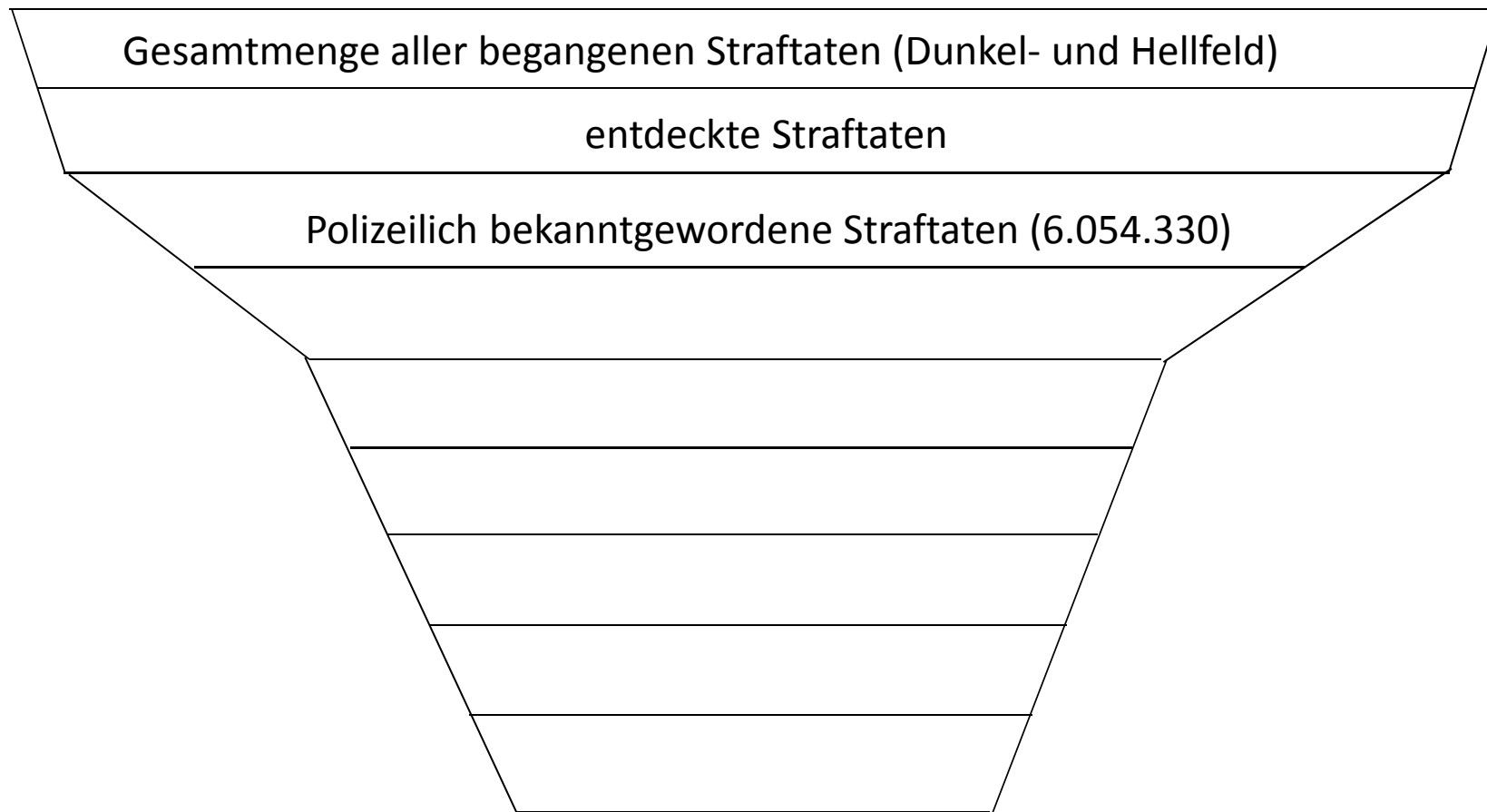


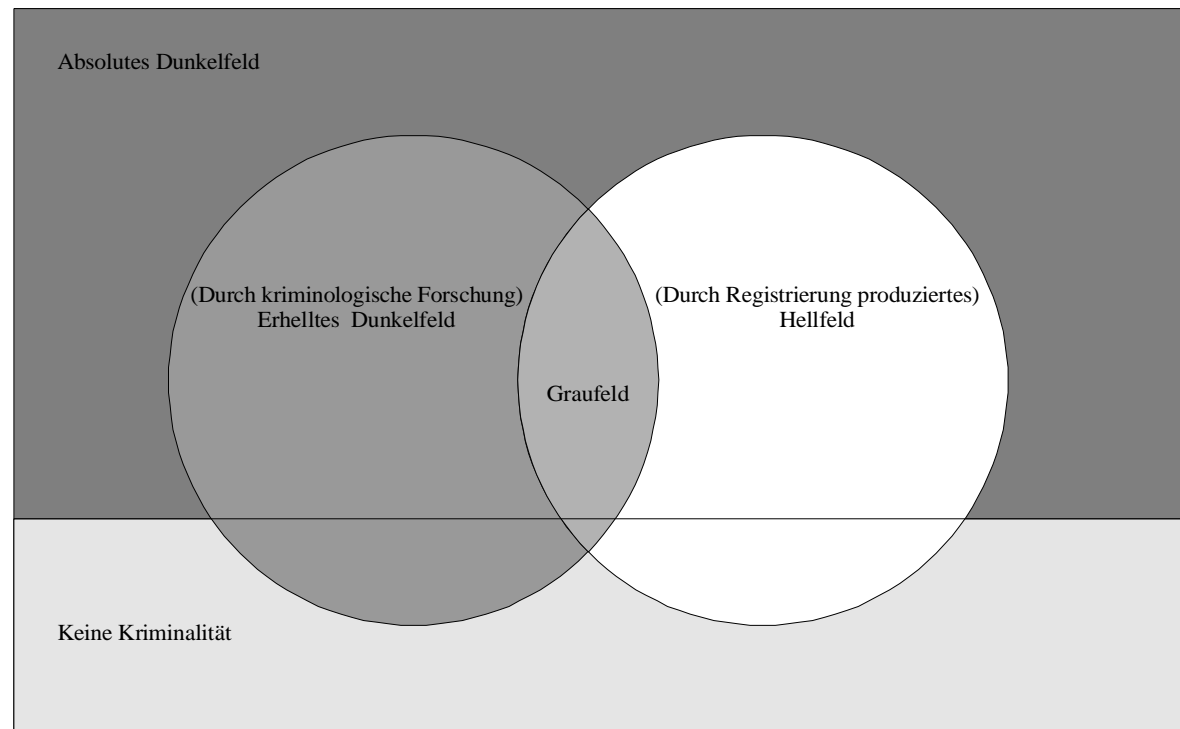
Strafverfolgung, Strafvollzug und Sicherungsverwahrung

Eine Einführung in Abläufe
im deutschen Strafrechtssystem

Selektion anhand des Trichtermodells

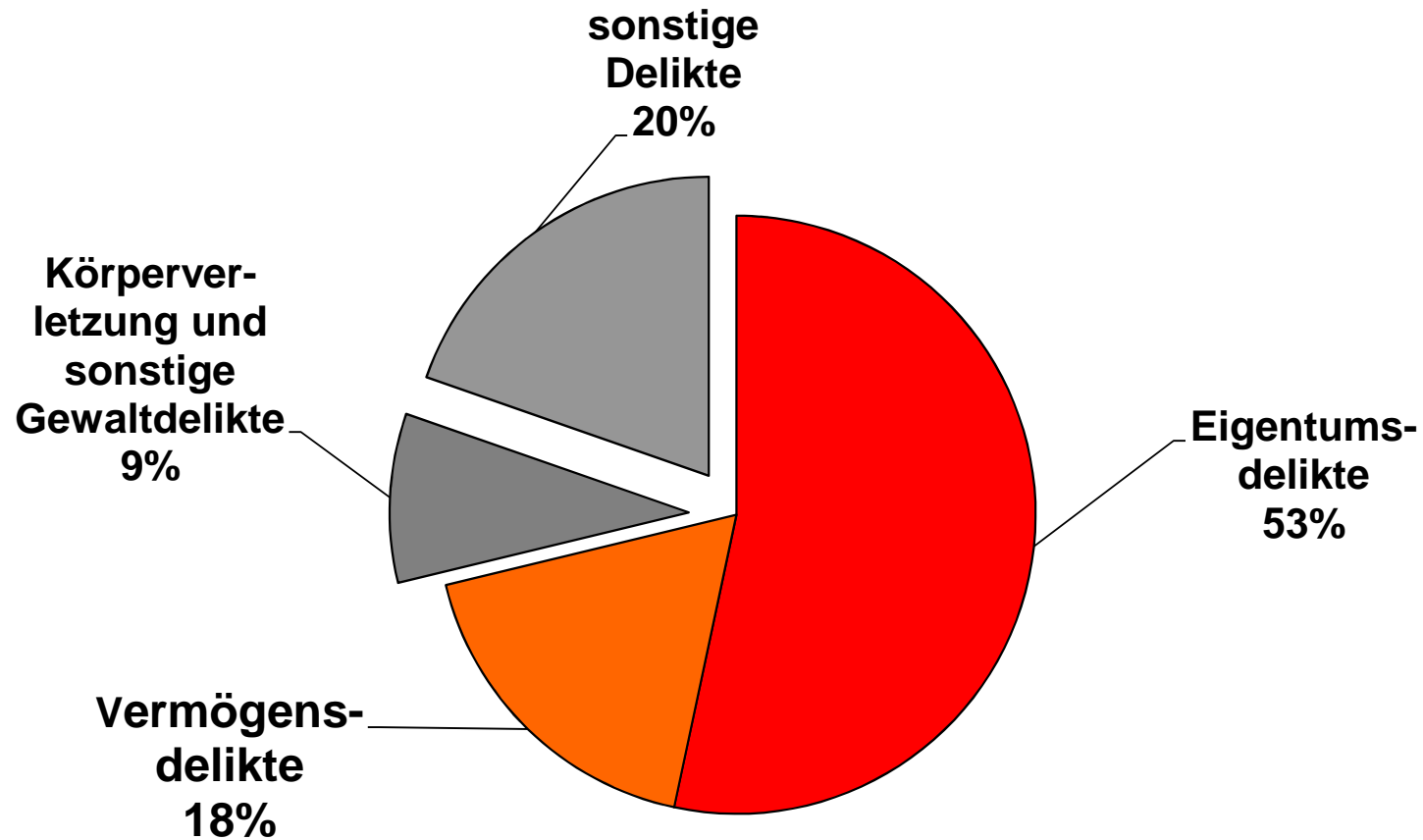


Hell- und Dunkelfeld



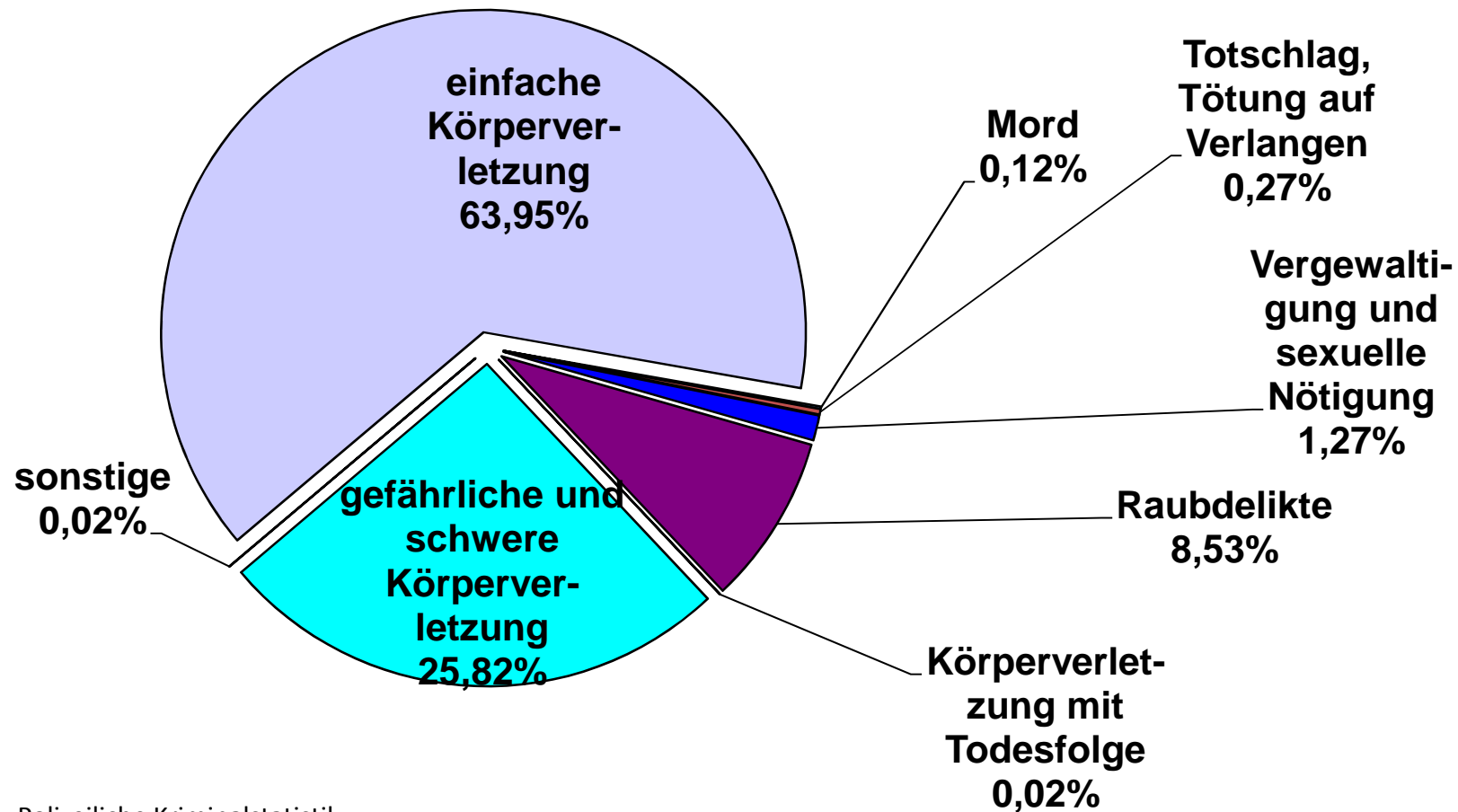
Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

Verteilung Deliktsarten im Hellfeld



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

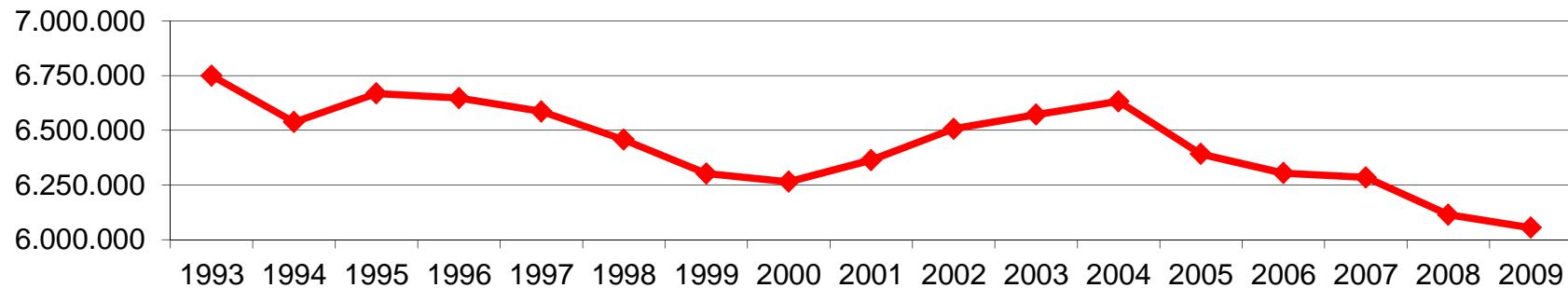
Verteilung Gewaltdelikte im Hellfeld



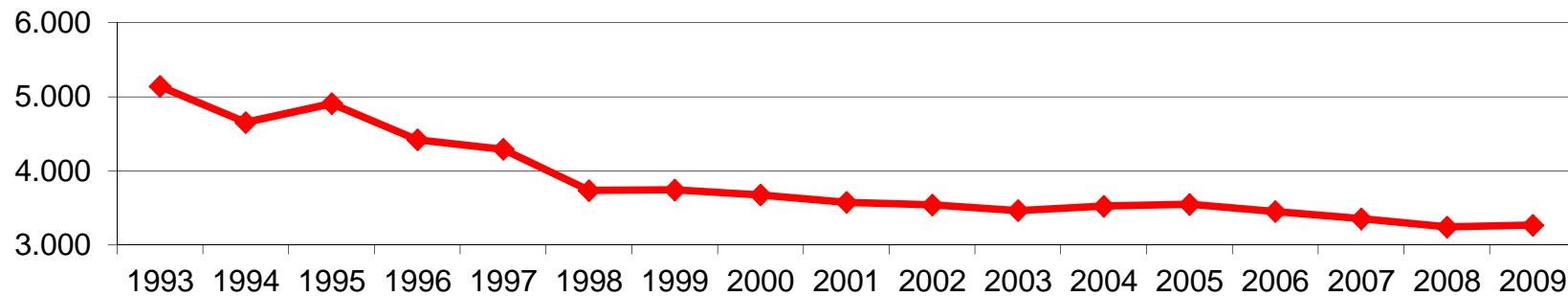
Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

Entwicklung Delikte im Hellfeld

Straftaten insgesamt



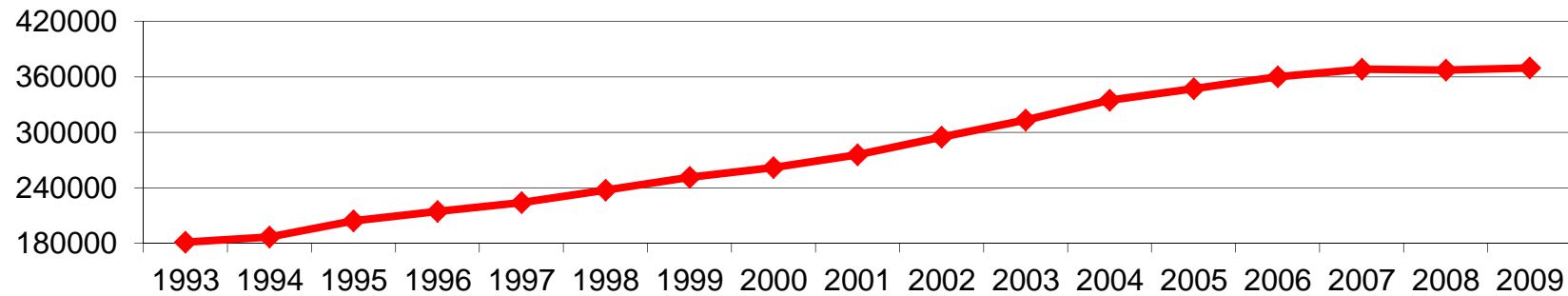
Straftaten gegen das Leben (Mord, Totschlag, Tötung auf Verlangen)



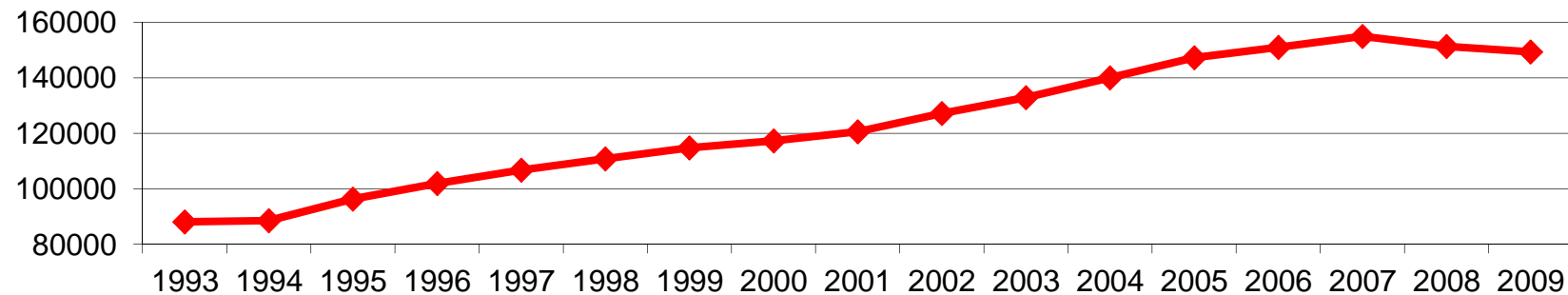
Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

Entwicklung Delikte im Helffeld

Einfache Körperverletzung



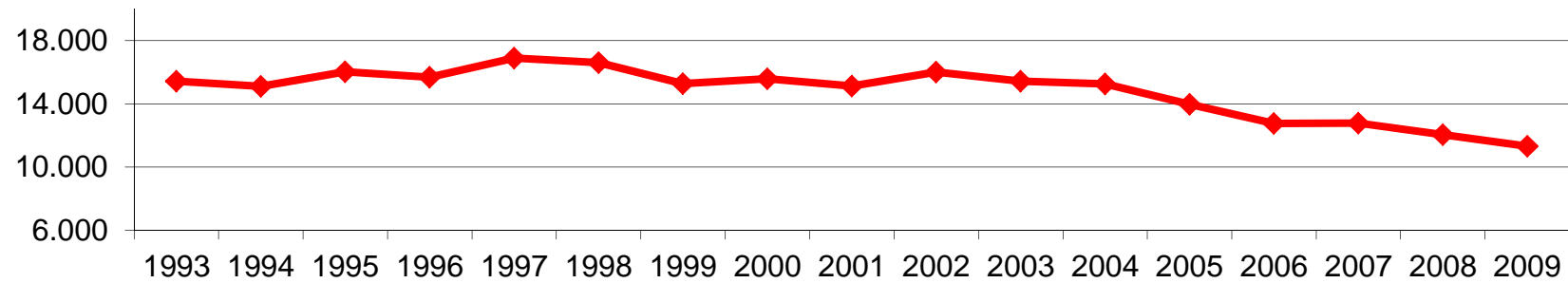
Schwere, gefährliche Körperverletzung, Körperverletzung mit Todesfolge



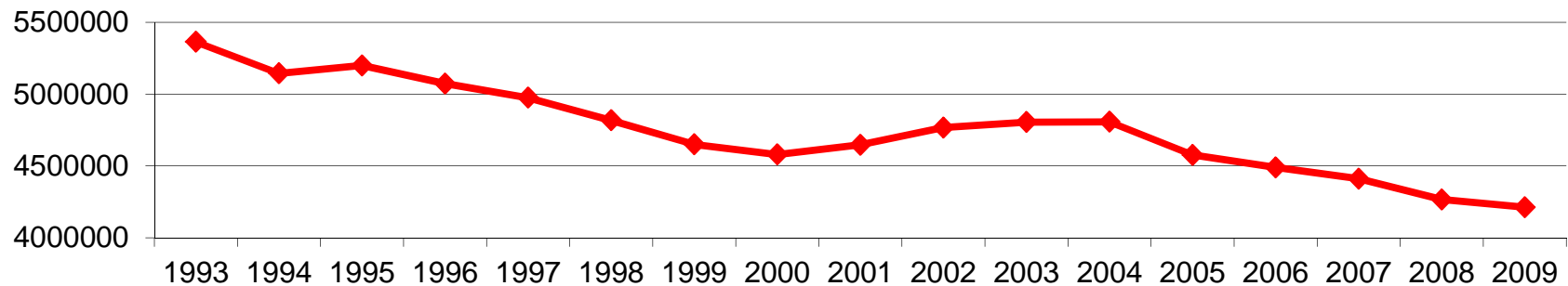
Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

Entwicklung Delikte im Hellfeld

Sexueller Missbrauch von Kindern

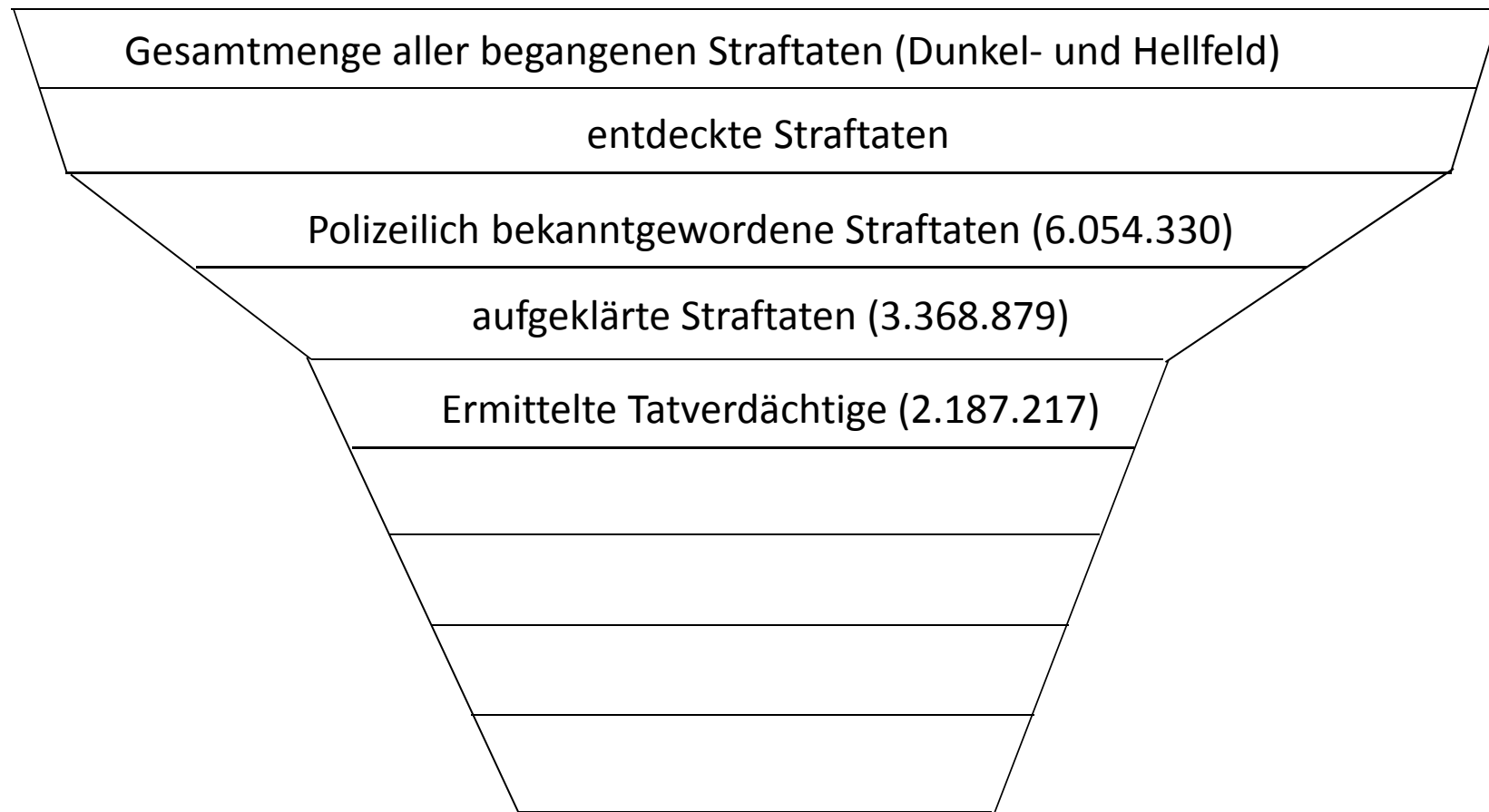


Eigentums- und Vermögensdelikte



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

Selektion anhand des Trichtermodells

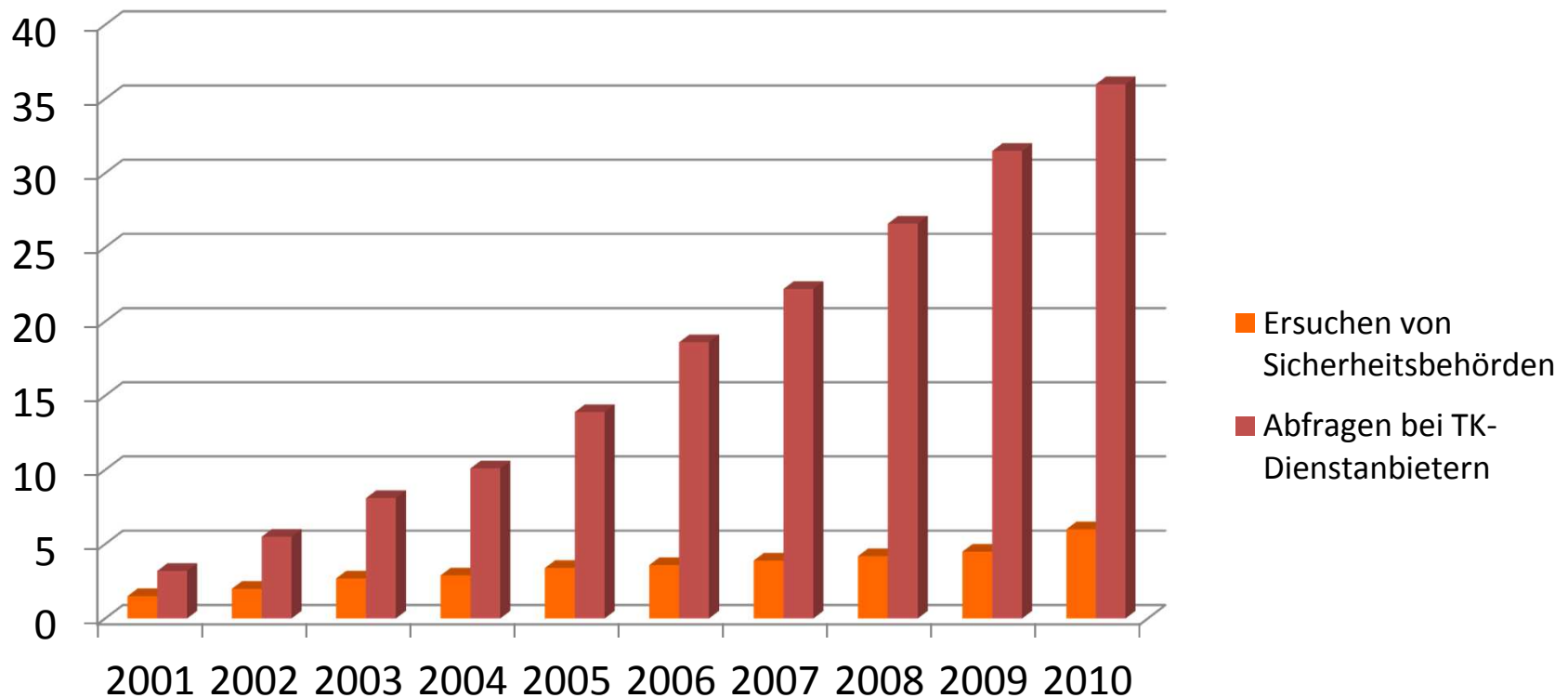


Erweiterung strafprozessualer Überwachung

- 1877 – Beschlagnahme, Durchsuchung, Steckbrief
- 1933 – körperliche Untersuchung und Eingriffe sowie
erkennungsdienstliche Maßnahmen (Lichtbilder, Fingerabdrücke)
- 1968 – Telefonüberwachung (seitdem mind. 11 gesetzliche Erweiterungen)
- 1978 – Einrichtung von Kontrollstellen
- 1986 – Netzfahndung
- 1992 – Rasterfahndung, Abhören des nichtöffentlich gesprochenen Wortes,
technische Mittel zu Observationszwecken, Verdeckte Ermittler
- 1997 – DNA-Analyse
- 1998 – sog. Großer Lauschangriff, DNA-Analyse-Datei
- 2001 – Auskunft über Telekommunikationsverbindungsdaten
- 2002 – IMSI-Catcher
- 2005 – Entnahme von Körperzellen zur molekulargenetischen Untersuchung
für künftige Strafverfahren, Kodifizierung der sog. DNA-Massentests
demnächst – wieder Vorratsdatenspeicherung?

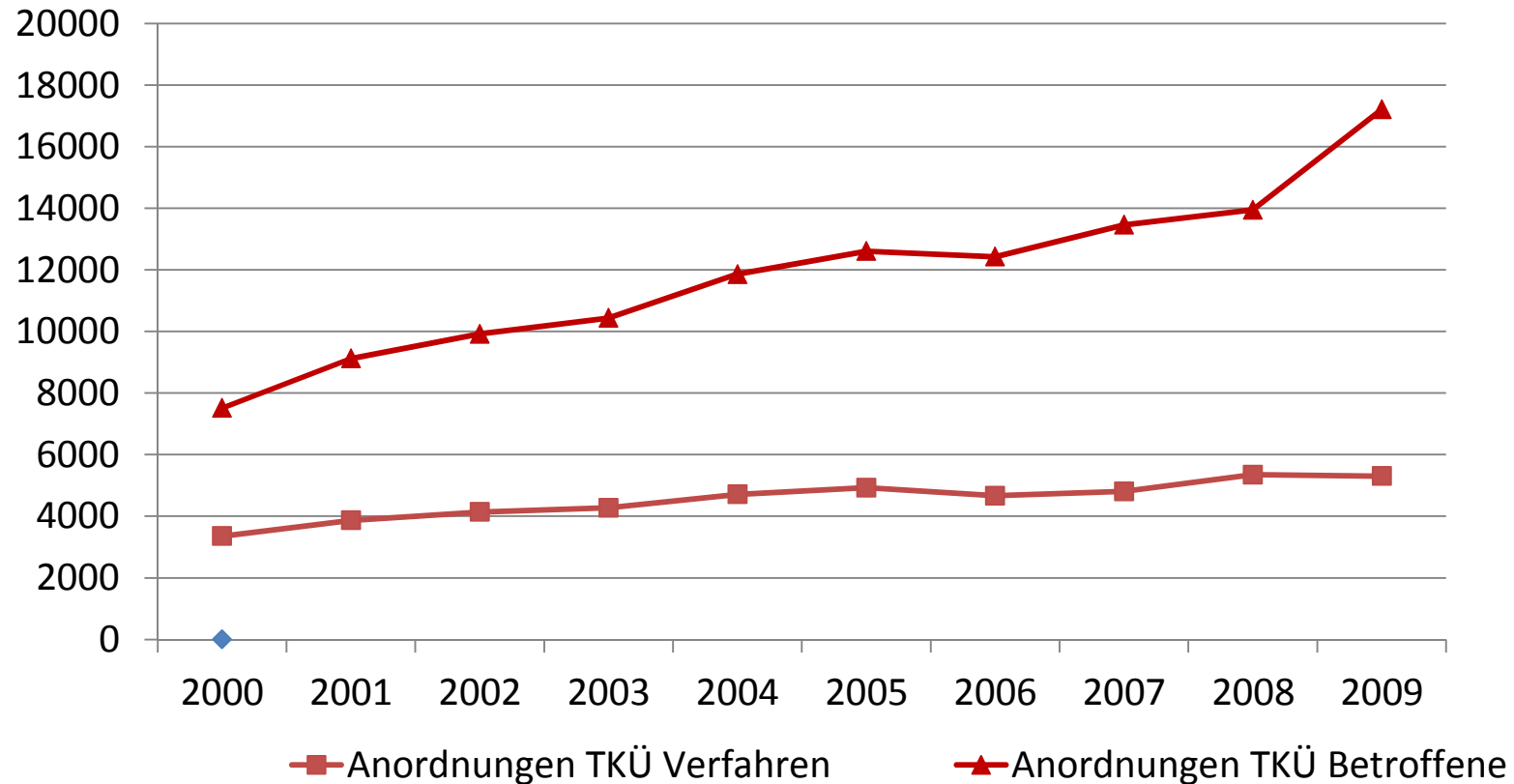
Auskunftsersuchen und Abfragen bei Telekommunikationsdiensten

Mio



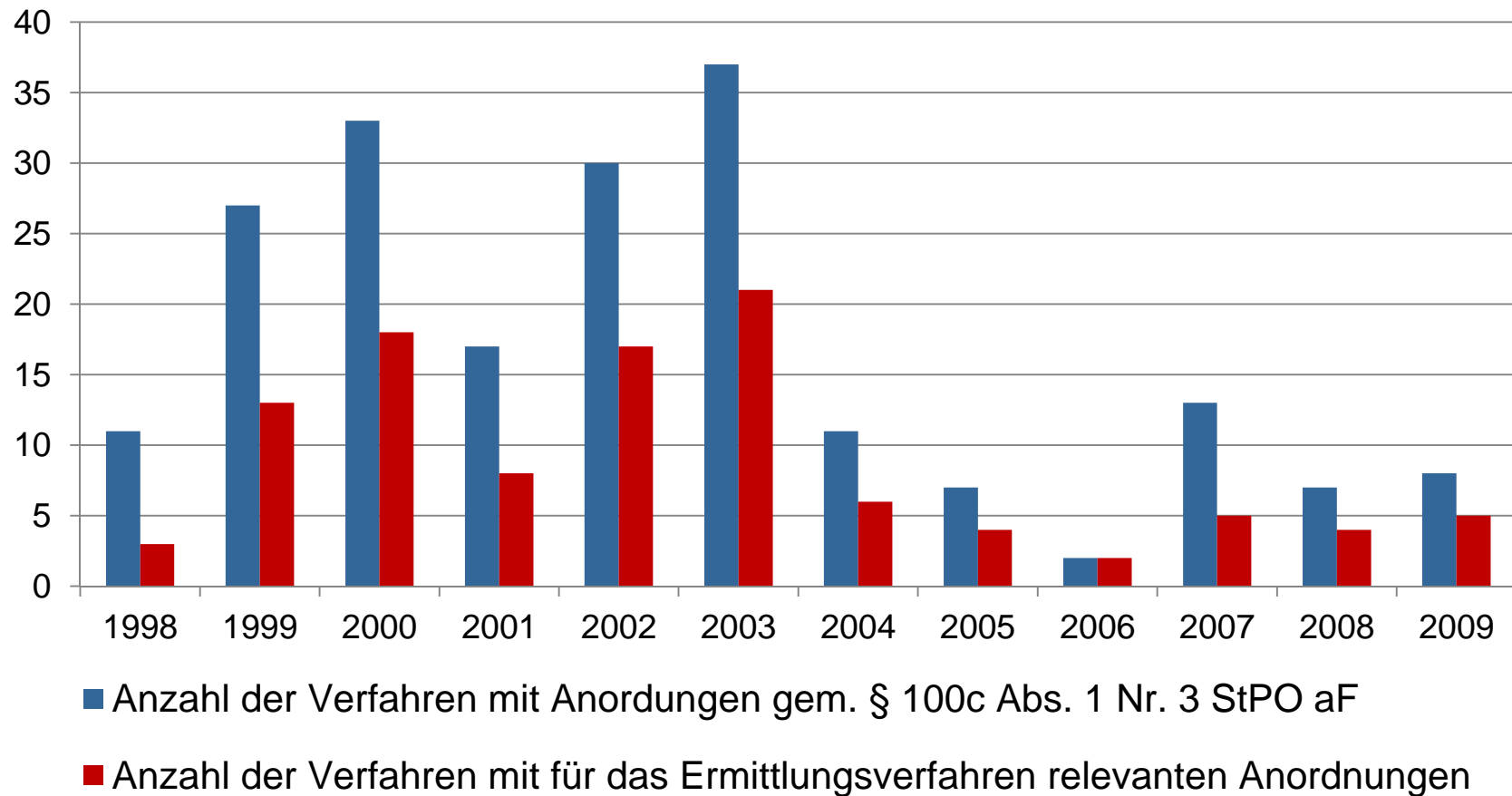
Quelle: Bundesnetzagentur

Inhaltliche Telekommunikationsüberwachung



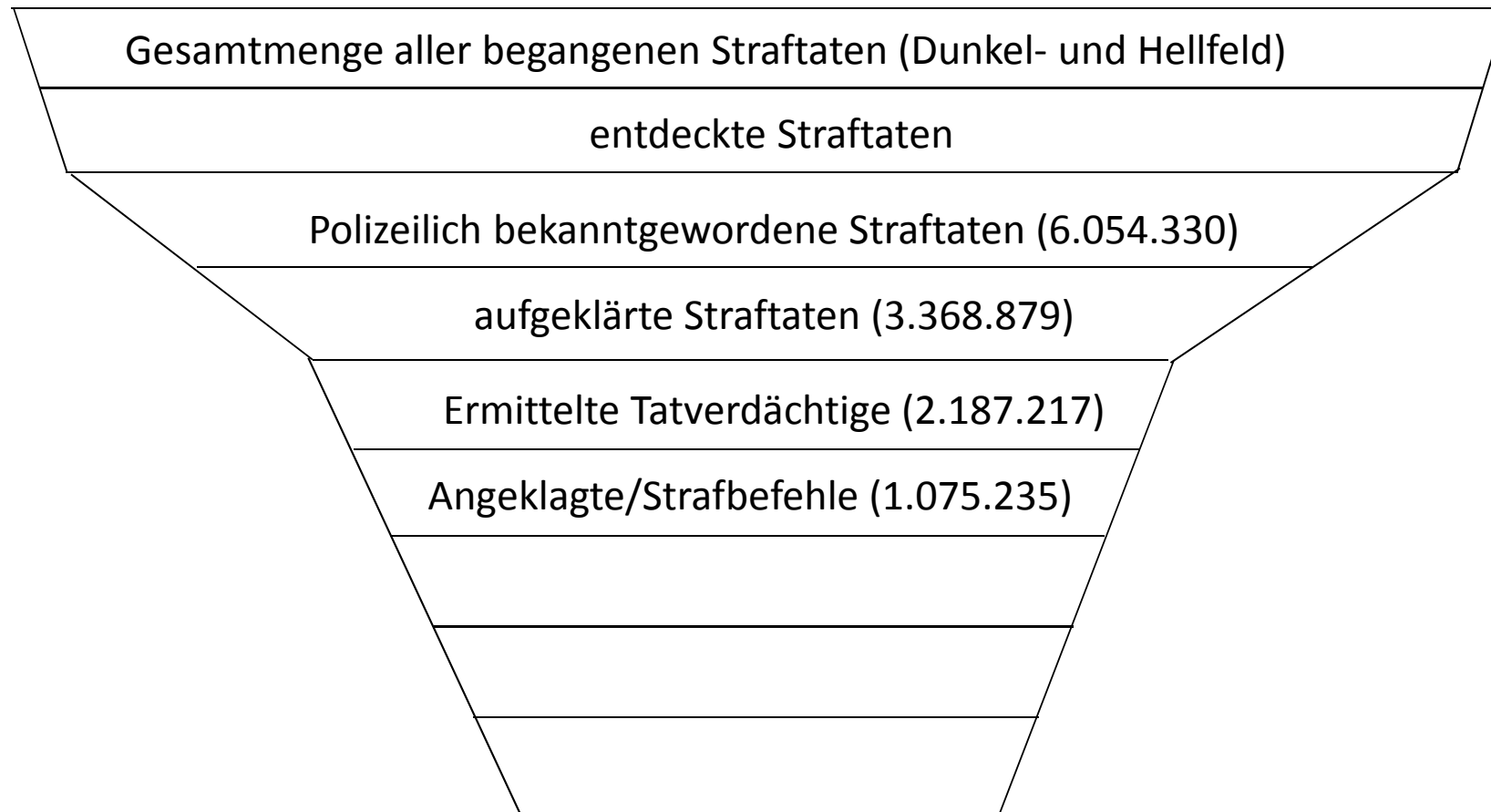
Quelle: Bundesjustizministerium

Akustische Wohnraumüberwachung

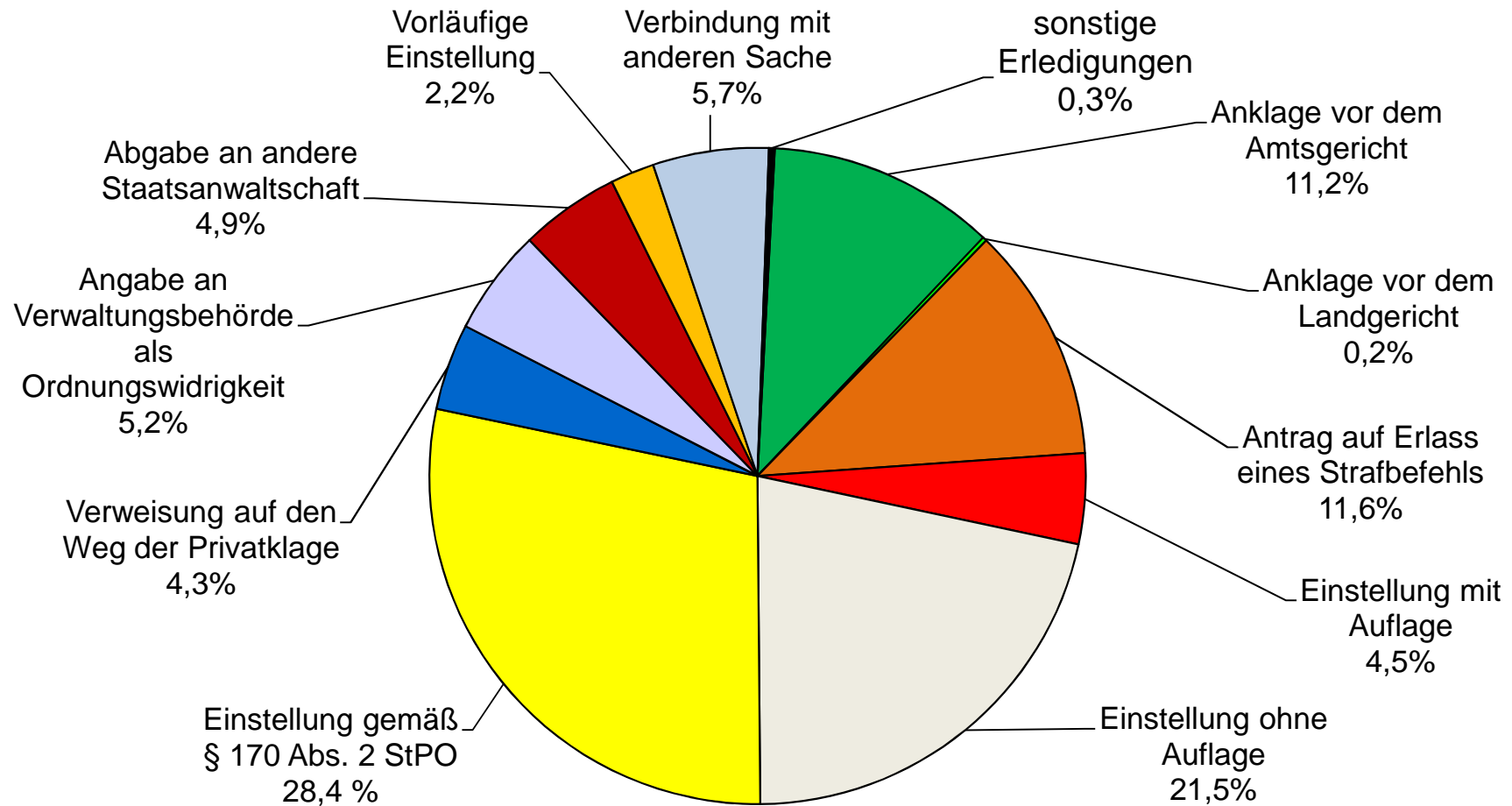


Quelle: Bundesjustizministerium

Selektion anhand des Trichtermodells

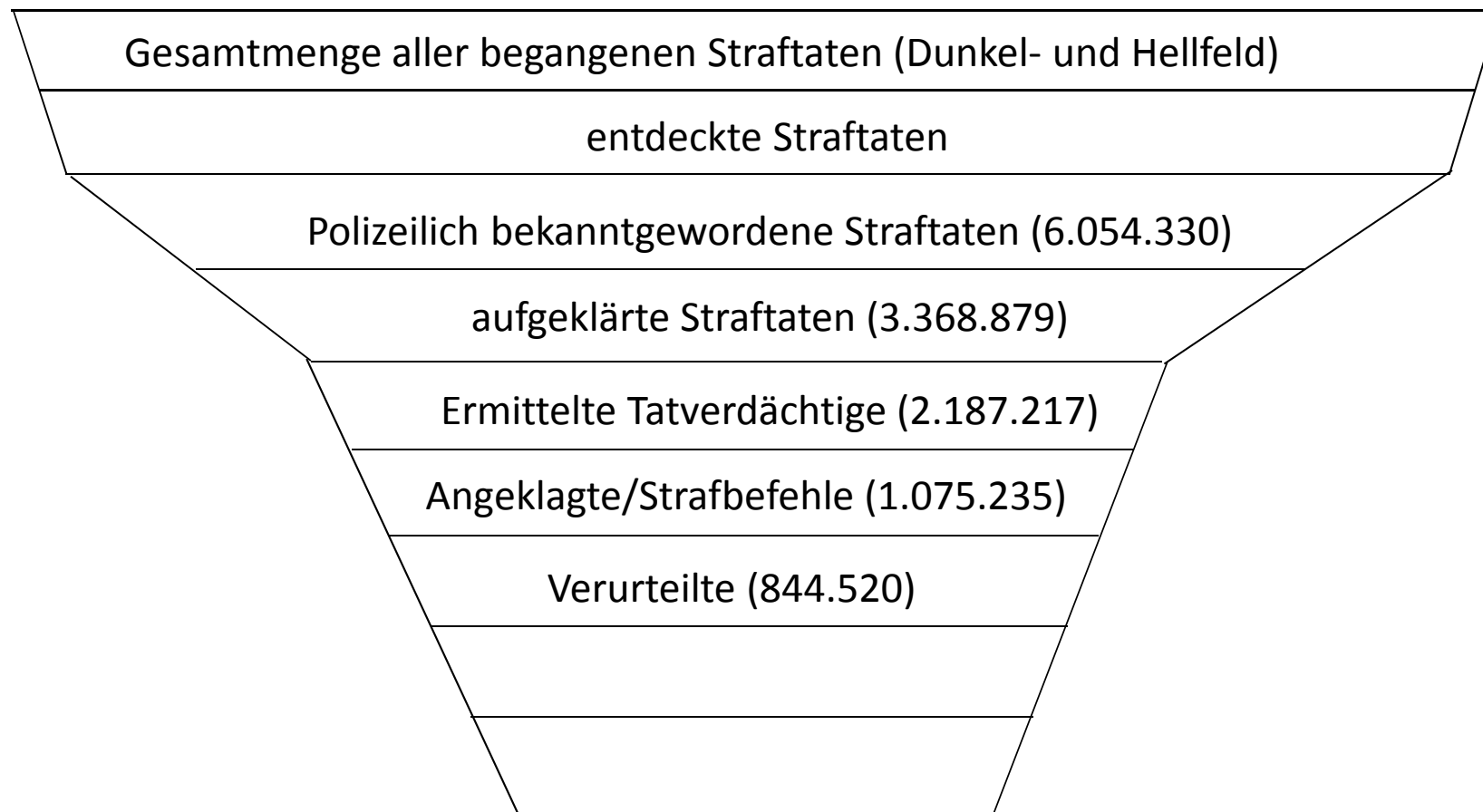


Erledigung durch die Staatsanwaltschaft

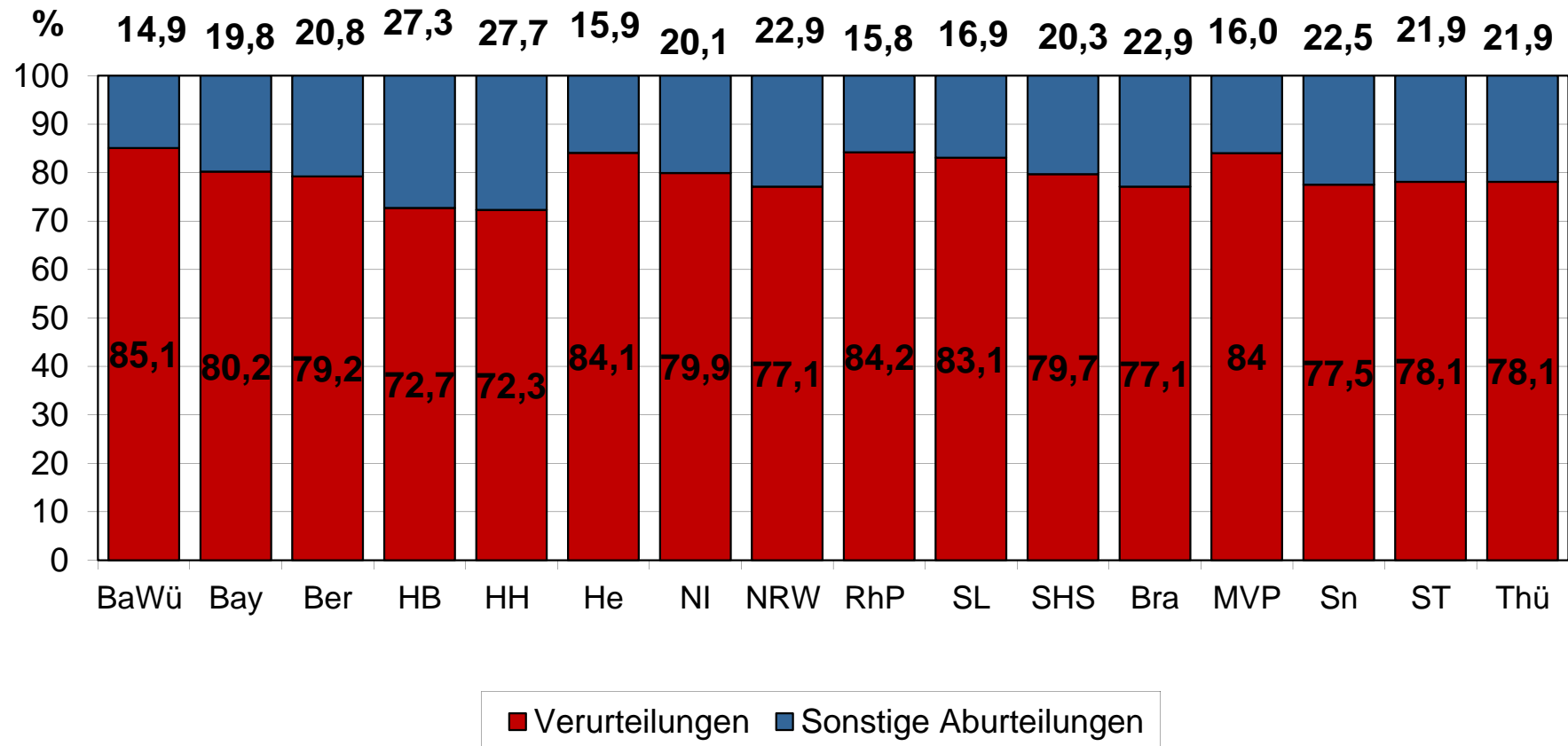


Quelle: Strafverfolgungsstatistik

Selektion anhand des Trichtermodells

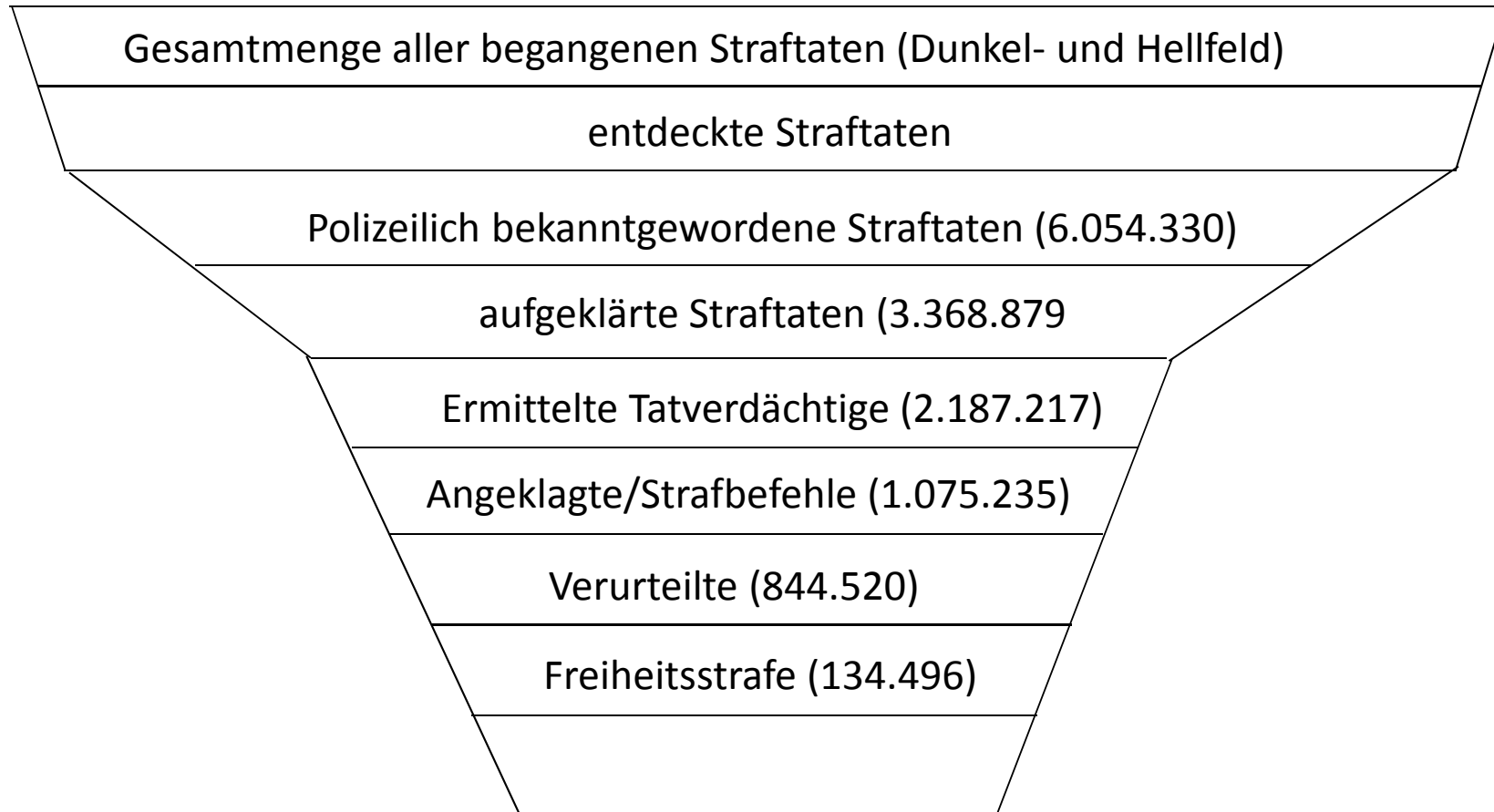


Verhältnis Aburteilungen/Verurteilungen (Bundesländer)

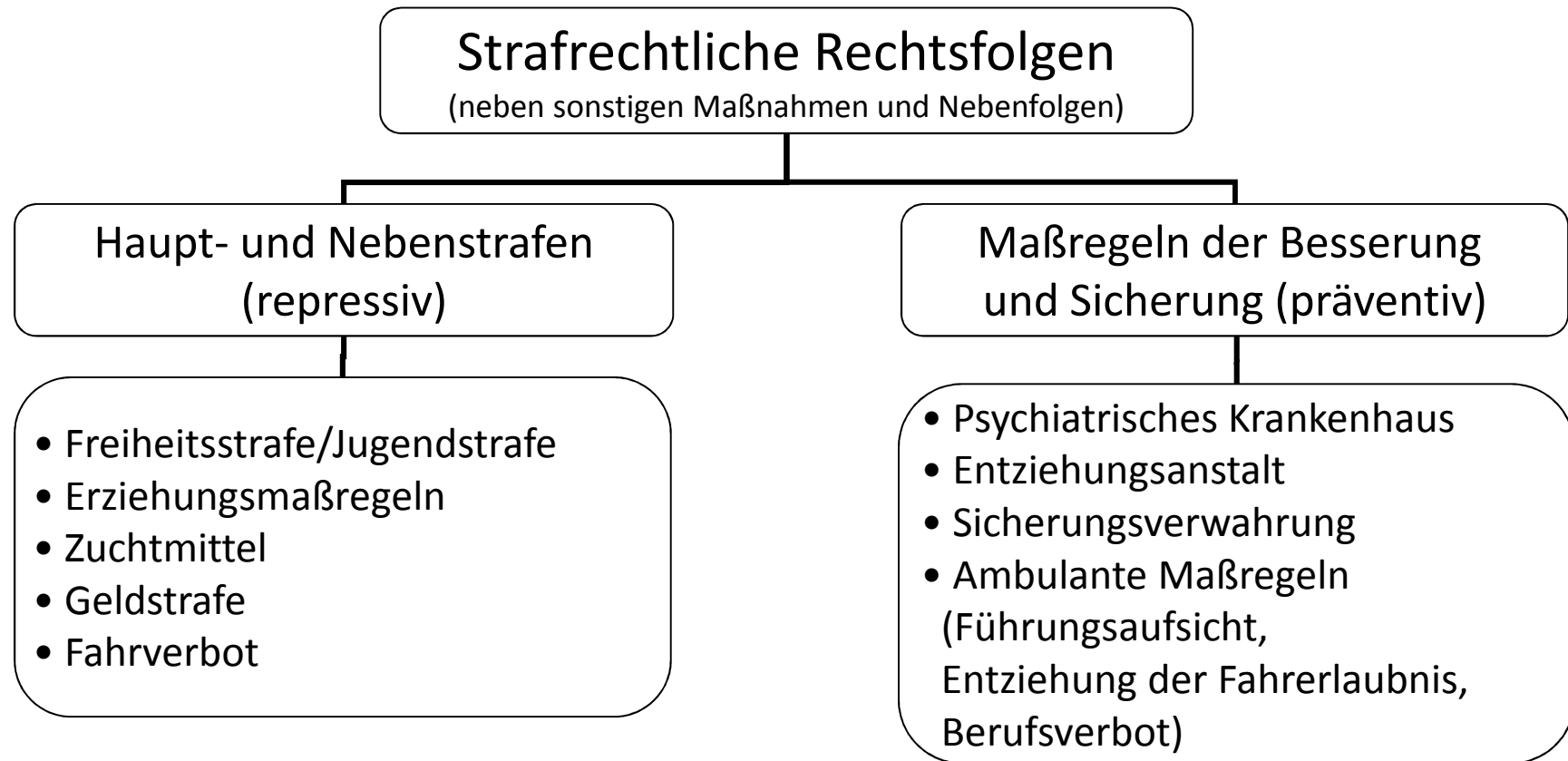


Quelle: Strafverfolgungsstatistik

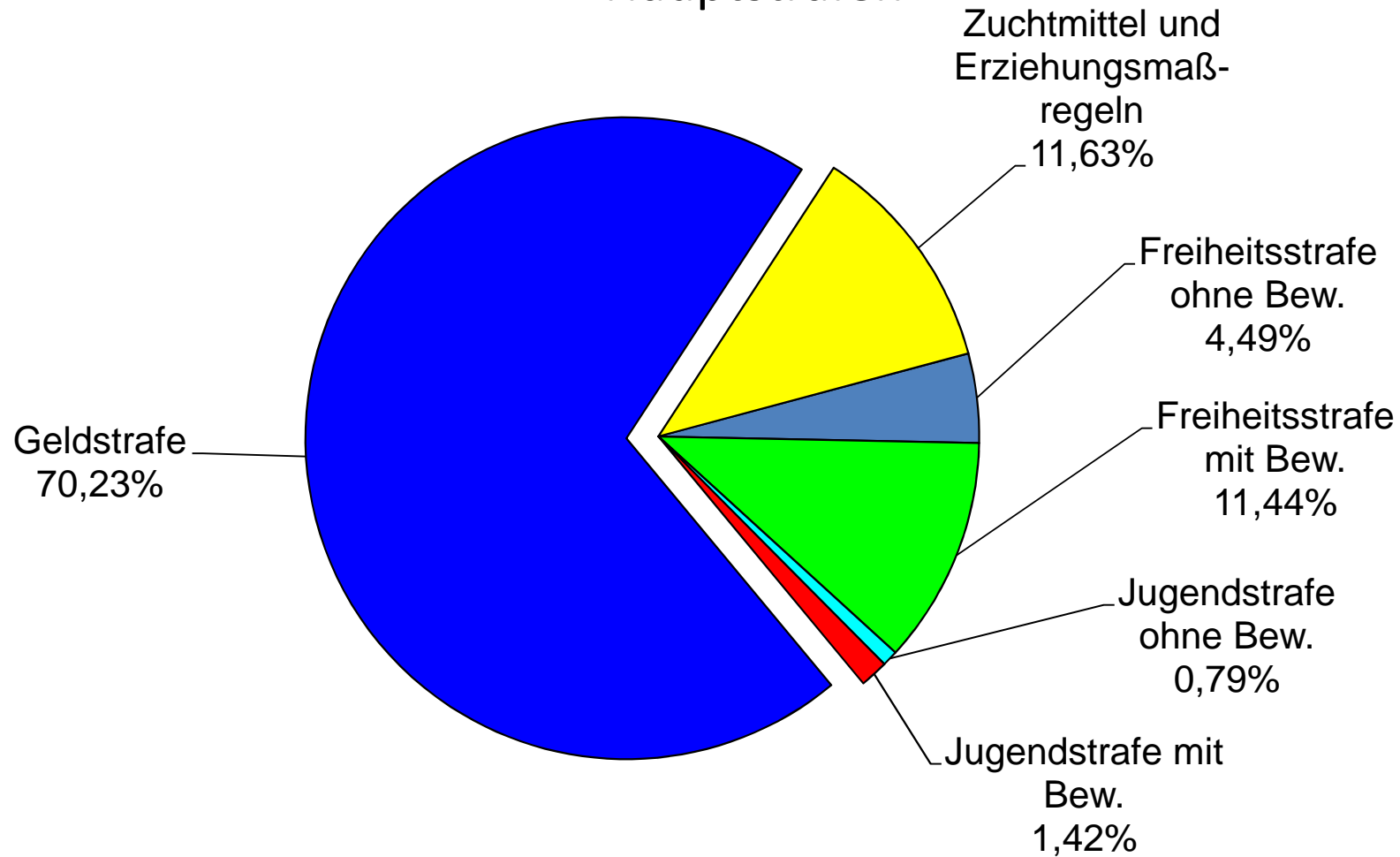
Selektion anhand des Trichtermodells



Strafen und Maßregeln

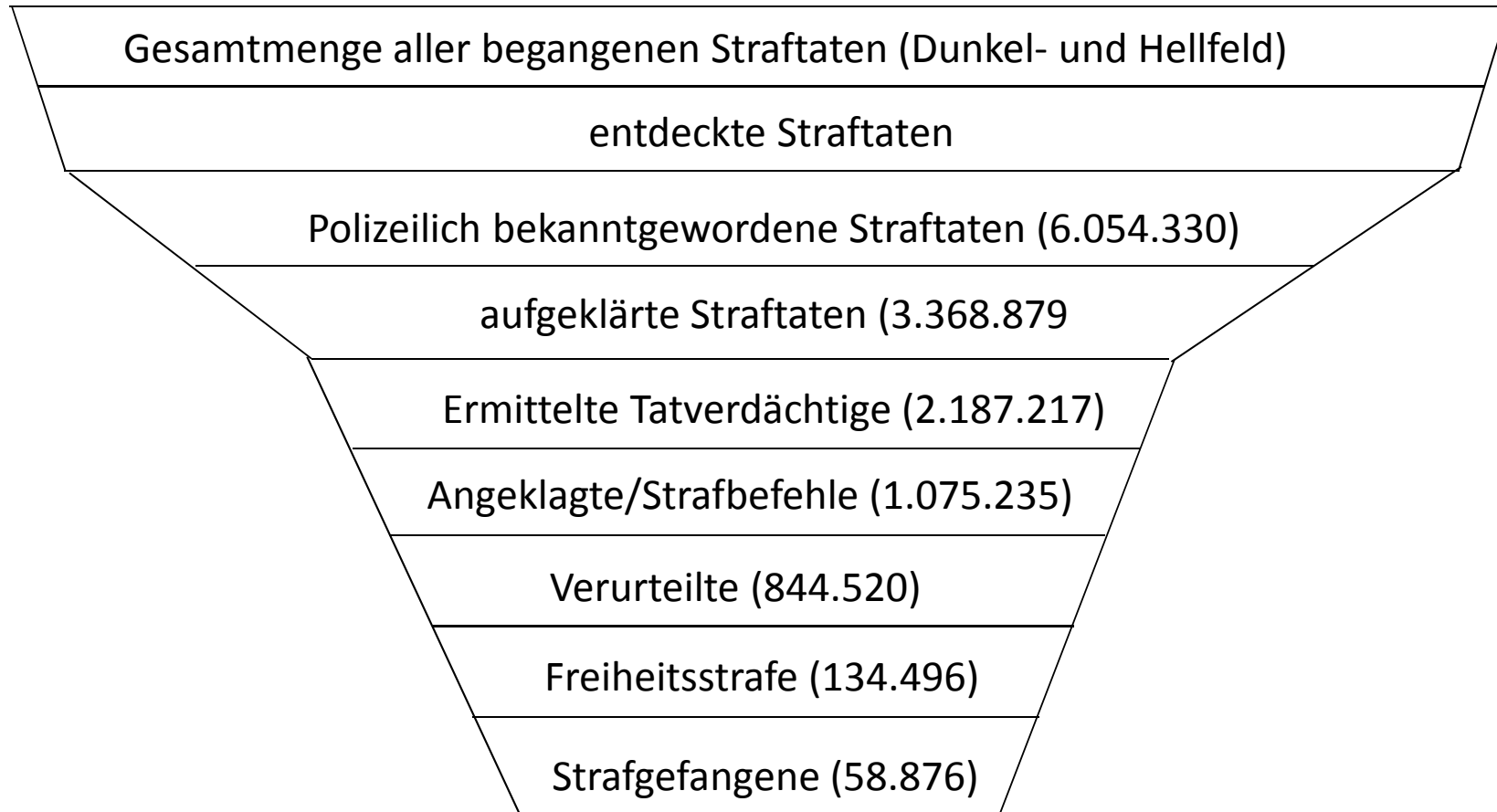


Hauptstrafen

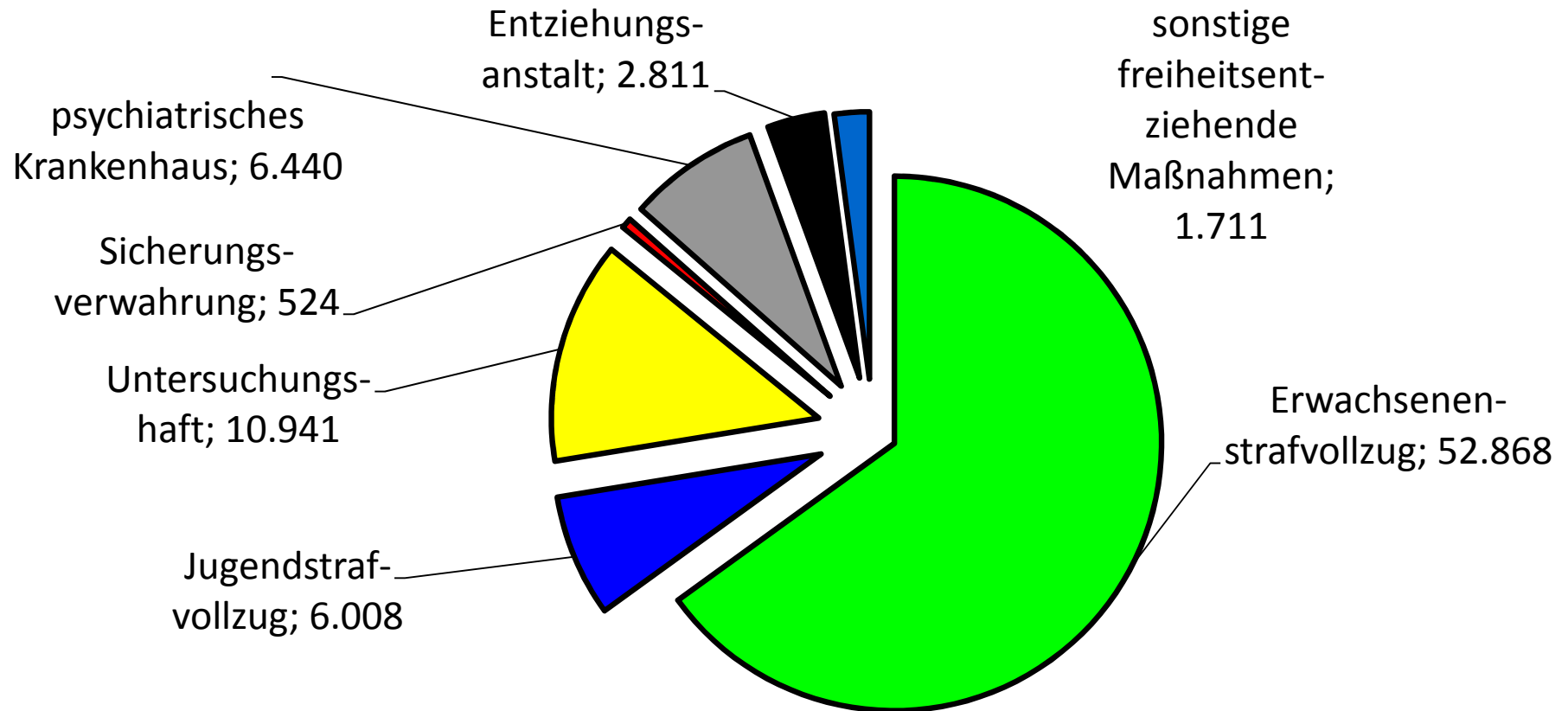


Quelle: Strafverfolgungsstatistik

Selektion anhand des Trichtermodells

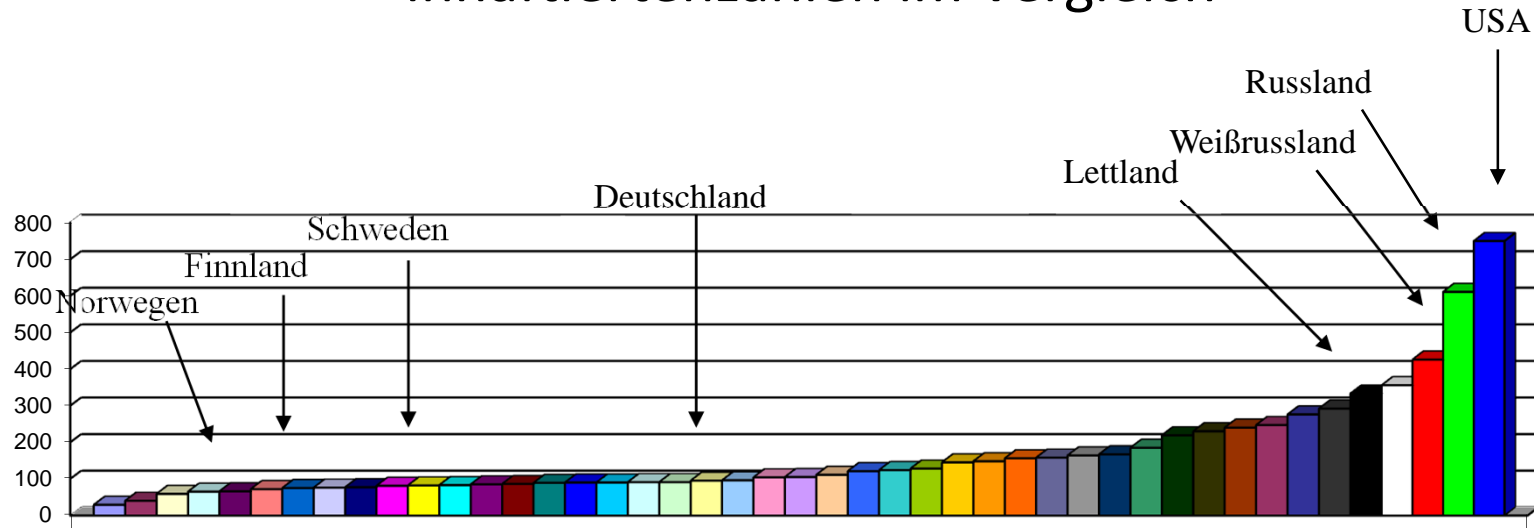


Inhaftierte 2010



Quelle: Statistisches Bundesamt

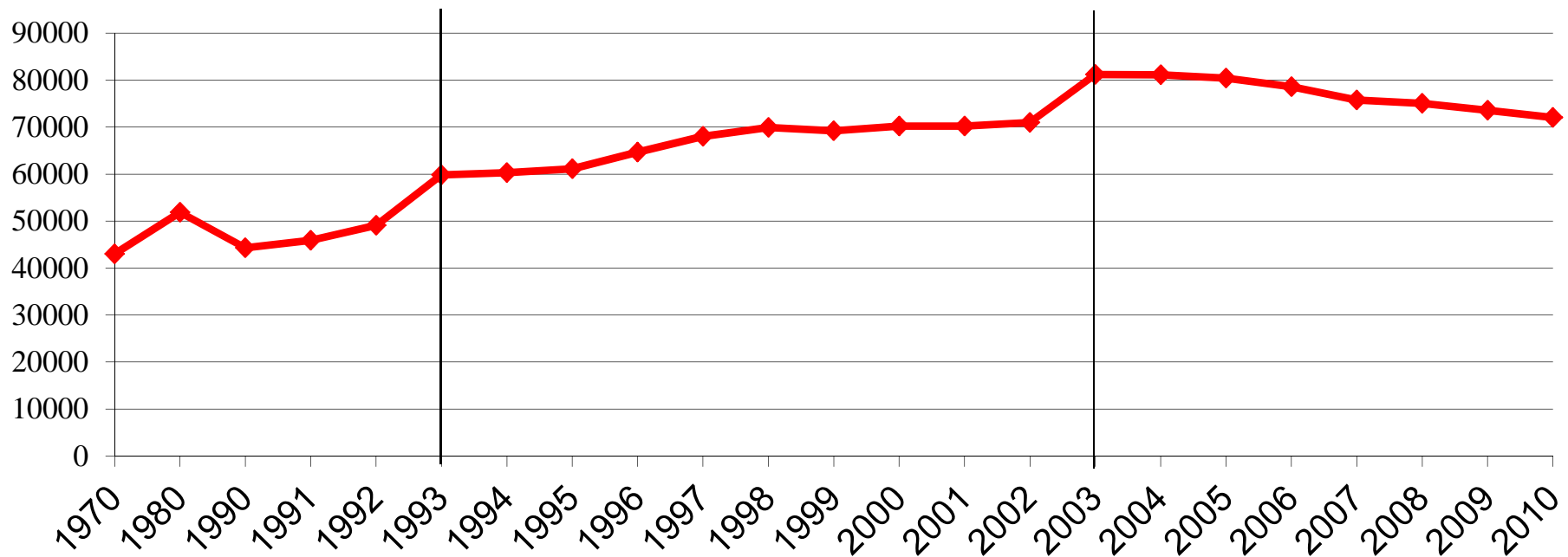
Inhaftiertenzahlen im Vergleich



Liechtenstein	Island	Bosnien-Herzegowina	Slowenien	Norwegen	Irland
Finnland	Zypern	Dänemark	Kroatien	Schweden	Schweiz
Frankreich	Malta	Armenien	Andorra	Griechenland	Belgien
Türkei	Deutschland	Monaco	Italien	Österreich	Albanien
Portugal	Großbritannien	Niederlande	Spanien	Bulgarien	Ungarn
Slowakei	Rumänien	Luxemburg	Tschechien	Aserbaidschan	Polen
Litauen	Moldawien	Georgien	Lettland	Estland	Ukraine
Weißrussland	Russland	USA			

Quelle: Laubenthal, Strafvollzug

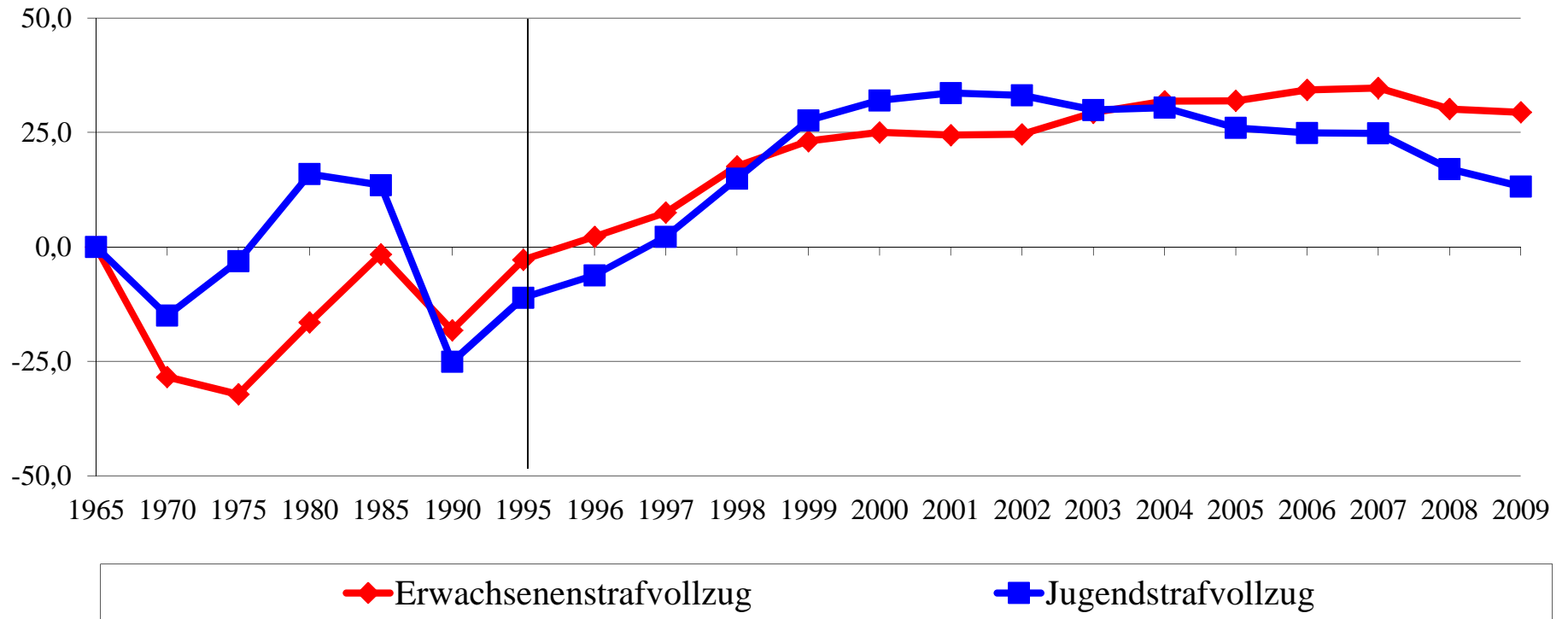
Entwicklung der Inhaftiertenzahlen (Freiheitsstrafe, Jugendstrafe, U-Haft, Sicherungsverwahrung)



Quelle: Statistisches Bundesamt

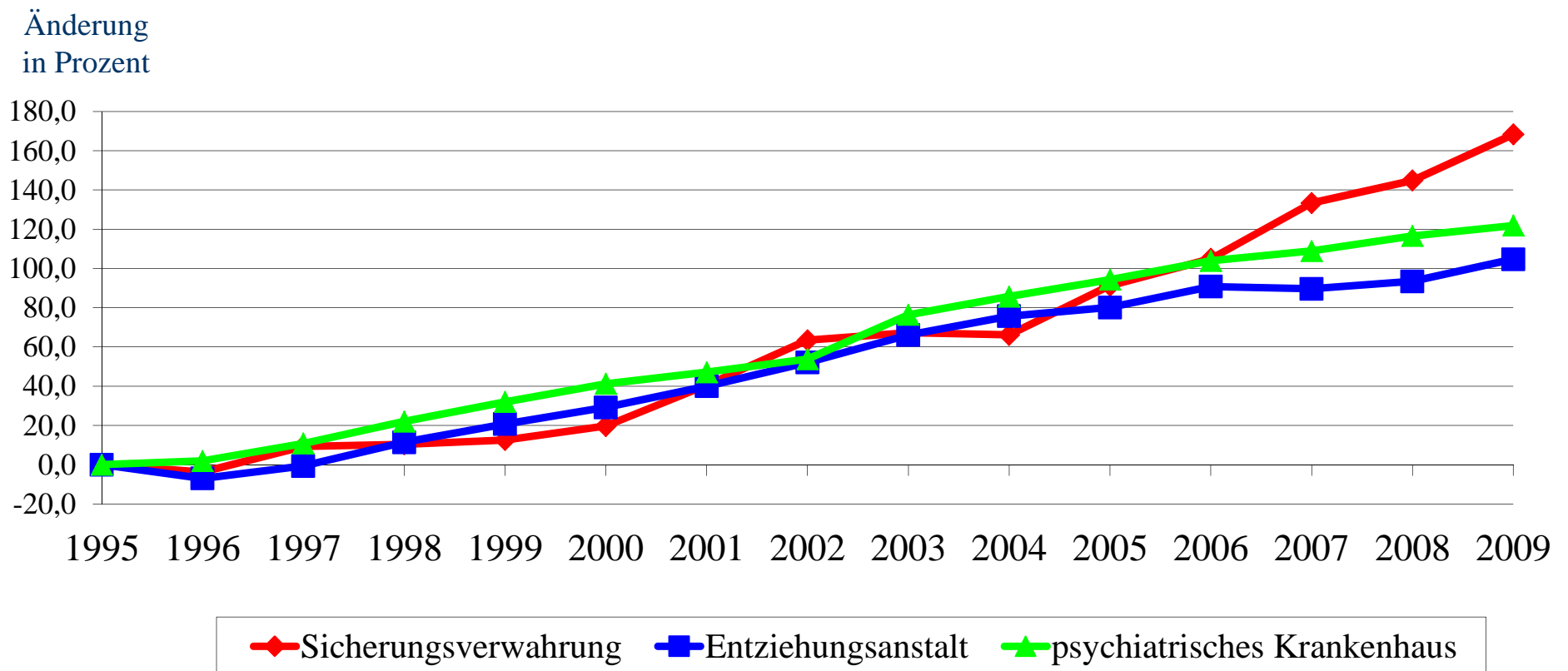
Entwicklung Inhaftiertenzahlen

Änderung
in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

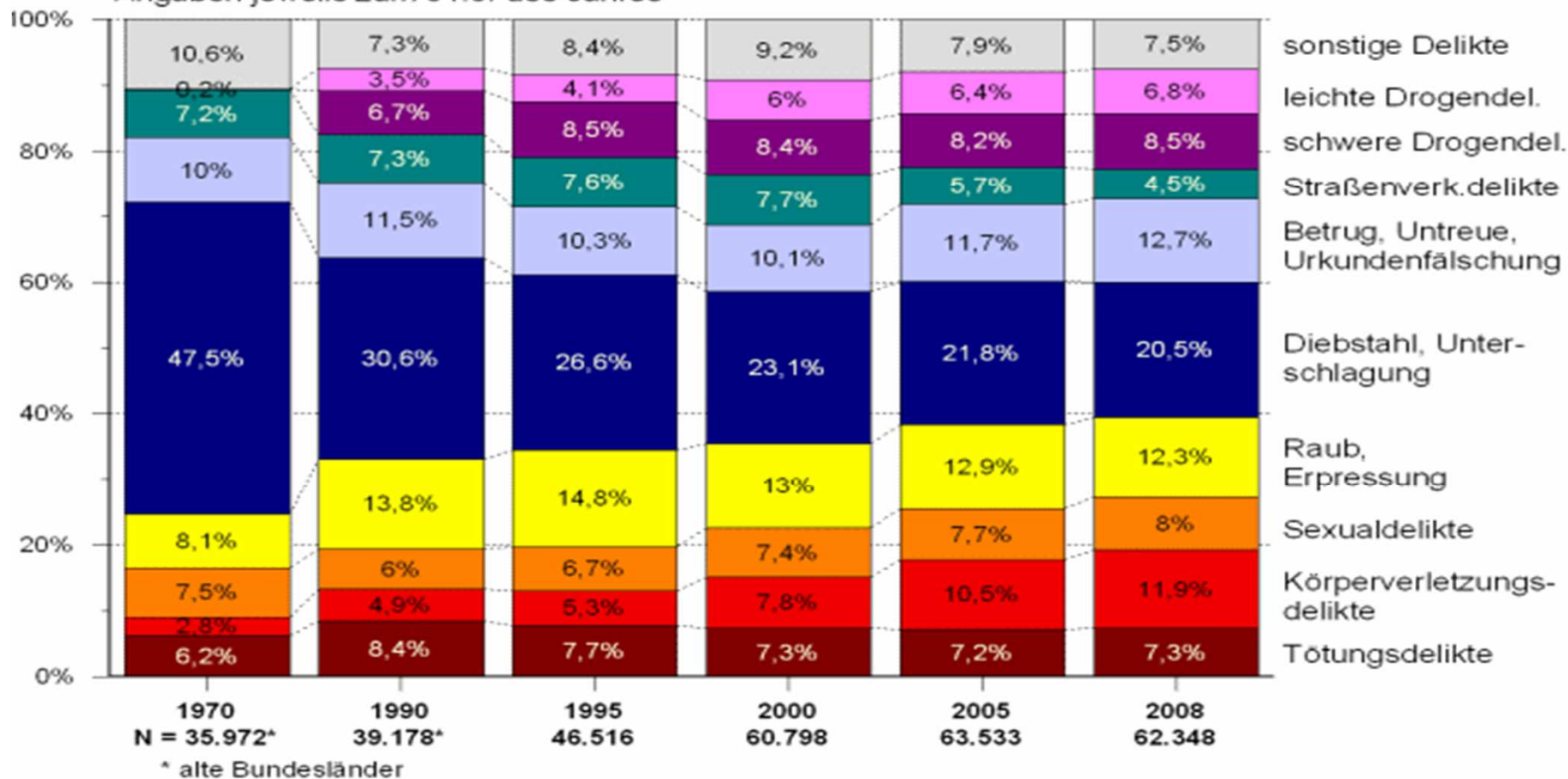
Entwicklung Maßregeln der Besserung und Sicherung



Quelle: Statistisches Bundesamt

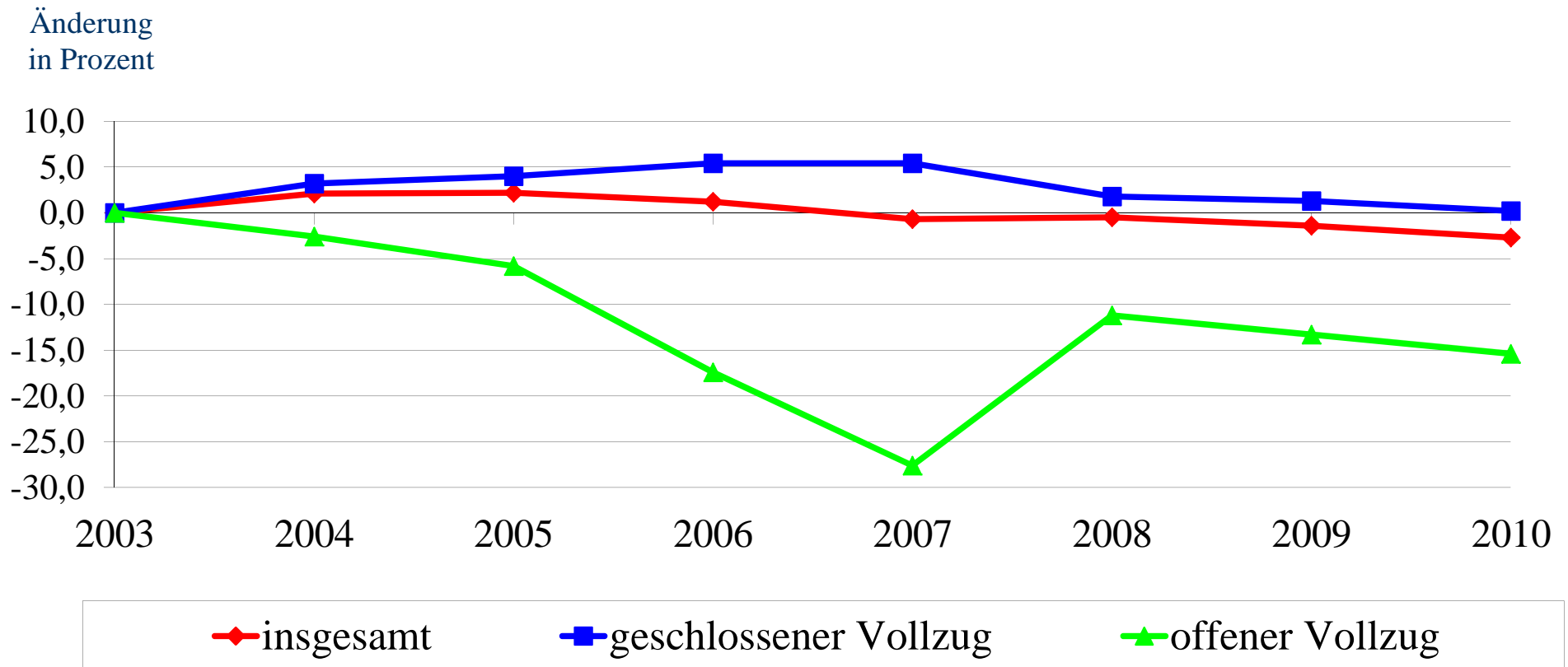
Strafvollzugspopulation in Deutschland nach der Deliktsstruktur 1970, 1990, 1995, 2000, 2005 und 2008

Angaben jeweils zum 31.3. des Jahres



Quelle: Greifswalder Inventar zum Strafvollzug

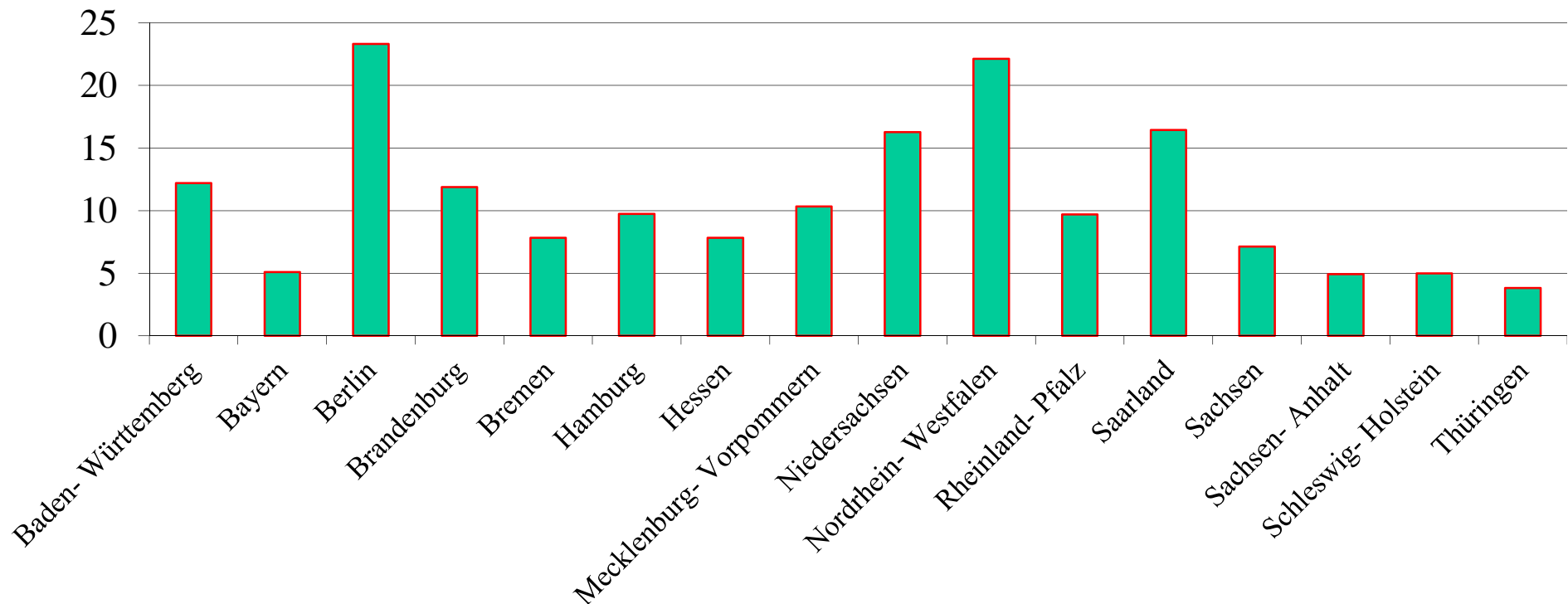
Entwicklung geschlossener und offener Vollzug



Quelle: Statistisches Bundesamt

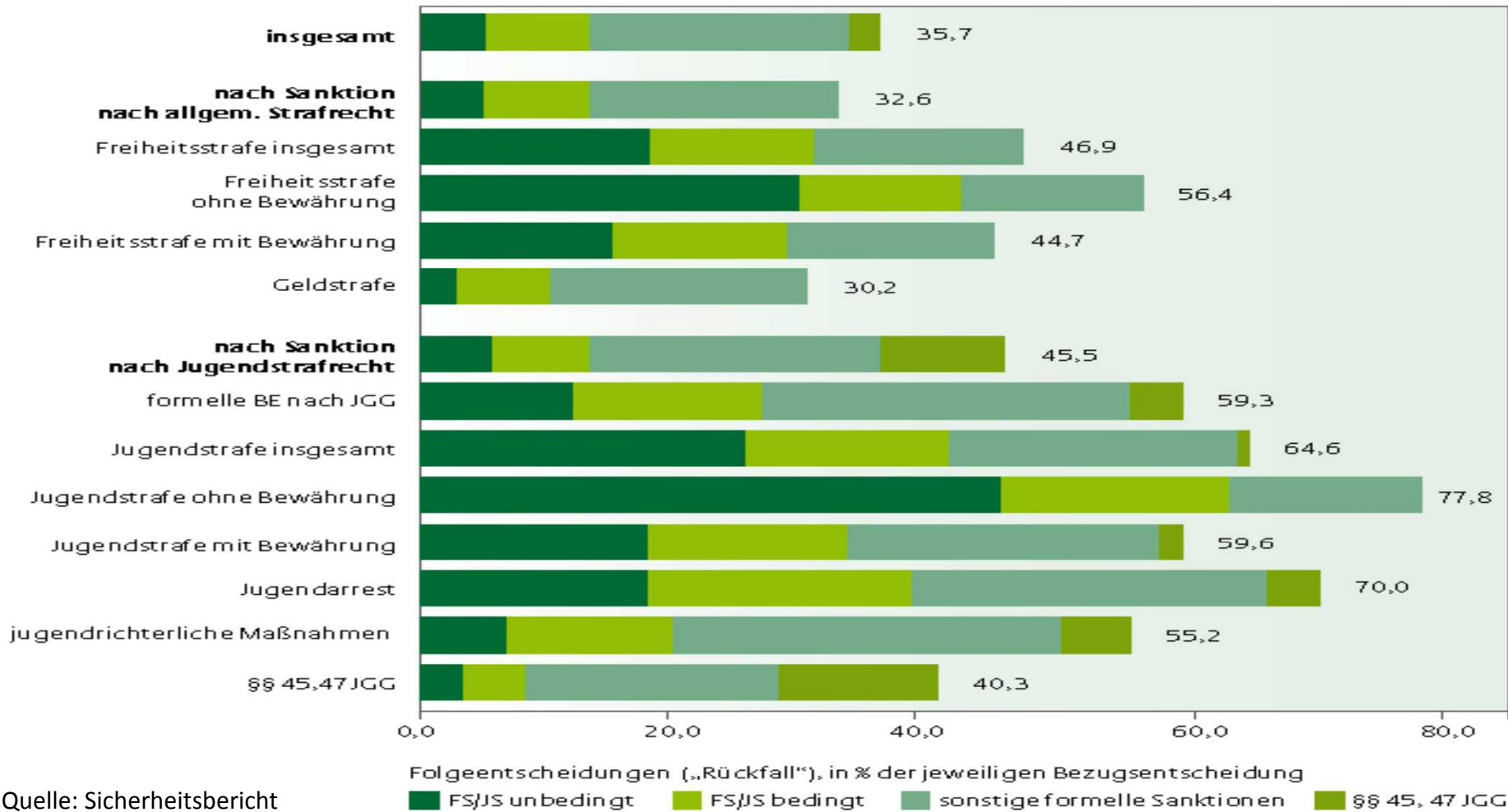
Offener Vollzug nach Bundesländern

Prozent



Quelle: Niemz, Sozialtherapie im Strafvollzug 2010

Funktioniert Strafvollzug?



Ausblick Recht der Sicherungsverwahrung

Urteile des EGMR:

- Nachträglich verlängerte und nachträgliche Sicherungsverwahrung widerspricht Menschenrechten

Entscheidung des BVerfG nach Neuregelung durch Gesetzgeber:

- Gesamte Konzeption der Sicherungsverwahrung in Deutschland verfassungswidrig, weil unverhältnismäßig in konkreter Umsetzung. Übergangsfrist bis 2013.
- Muss therapeutische ausgestattet sein, auf Entlassung abzielen.
- Abstandsgebot muss gewahrt sein.

Ausblick Recht der Sicherungsverwahrung

Erneute Neuregelungen stehen an.

- Nachträgliche Sicherungsverwahrung soll nun auch für Jugendliche und Heranwachsende abgeschafft werden. Vorbehaltene aber auch für Ersttäter eingeführt werden.
- Stärkere Fokussierung auf Therapie sowohl während der Sicherungsverwahrung als auch schon zuvor im Strafvollzug mit gerichtlicher Kontrolle.
- Altfälle werden weiterhin nach altem Recht beurteilt. Nachträgliche Sicherungsverwahrung ist daher tatsächlich nicht abgeschafft.
- Ausweitung der vorbehaltenen Sicherungsverwahrung bleibt bestehen.
- ThuG soll beibehalten werden.

Ausblick Vollzugsrecht in den Bundesländern

- Fünf Bundesländer haben eigenen Strafvollzugsgesetze (Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen).
- Weitere zehn Bundesländer legte kürzlich einen gemeinsamen Entwurf vor.
- Nur in NRW gibt es weder ein neues Gesetz noch einen Gesetzesentwurf.

Neue Strafvollzugsgesetze

- Vollzugsziel: Teilweise Schutz der Allgemeinheit statt Resozialisierung
- geschlossener Vollzug als Regelvollzug
- zusätzliche Vollzugsaufgaben: Rechtsfrieden und Normenstabilisierung
- Erziehungsauftrag in Baden-Württemberg: „Die jungen Gefangenen sind in der Ehrfurcht vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe, in der Liebe zu Volk und Heimat, zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen.“
- Verbesserungen: z.B. abschließende Disziplinartatbestände, verbesserte Freizeitangebote, besseres Übergangsmanagement

Ausblick Vollzugsrecht in den Bundesländern

Neuer Gesetzesentwurf für zehn Bundesländer

- positiv:
 - Vollzugsziel der Resozialisierung wird beibehalten.
 - Vollzugplanung ist detaillierter geregelt, insb. Entlassungsvorbereitung konkreter.
 - Offener und geschlossener Vollzug sind gleichberechtigt.
 - Mitwirkungspflicht ist nicht normiert.
 - Langzeitbesuch wurde geregelt.
 - Anspruch auf 2 Stunden Besuch im Monat.
 - Keine Arbeitspflicht -> aber Wegfall nicht-monetärer Vergütung

Ausblick Vollzugsrecht in den Bundesländern

Neuer Gesetzesentwurf für zehn Bundesländer

- negativ:
 - Keine Regelung zur Zellenmindestgröße
 - Gemeinsame Unterbringung ohne Zustimmung grundsätzlich weiterhin möglich
 - Zugang zum Internet unverbindlich
 - Keine Einbeziehung in Kranken- und Rentenversicherung
 - Rechtsprechung des BVerfG zu besonderen Therapiebemühungen bei Person, die anschließend in die Sicherungsverwahrung kommen noch nicht umgesetzt.

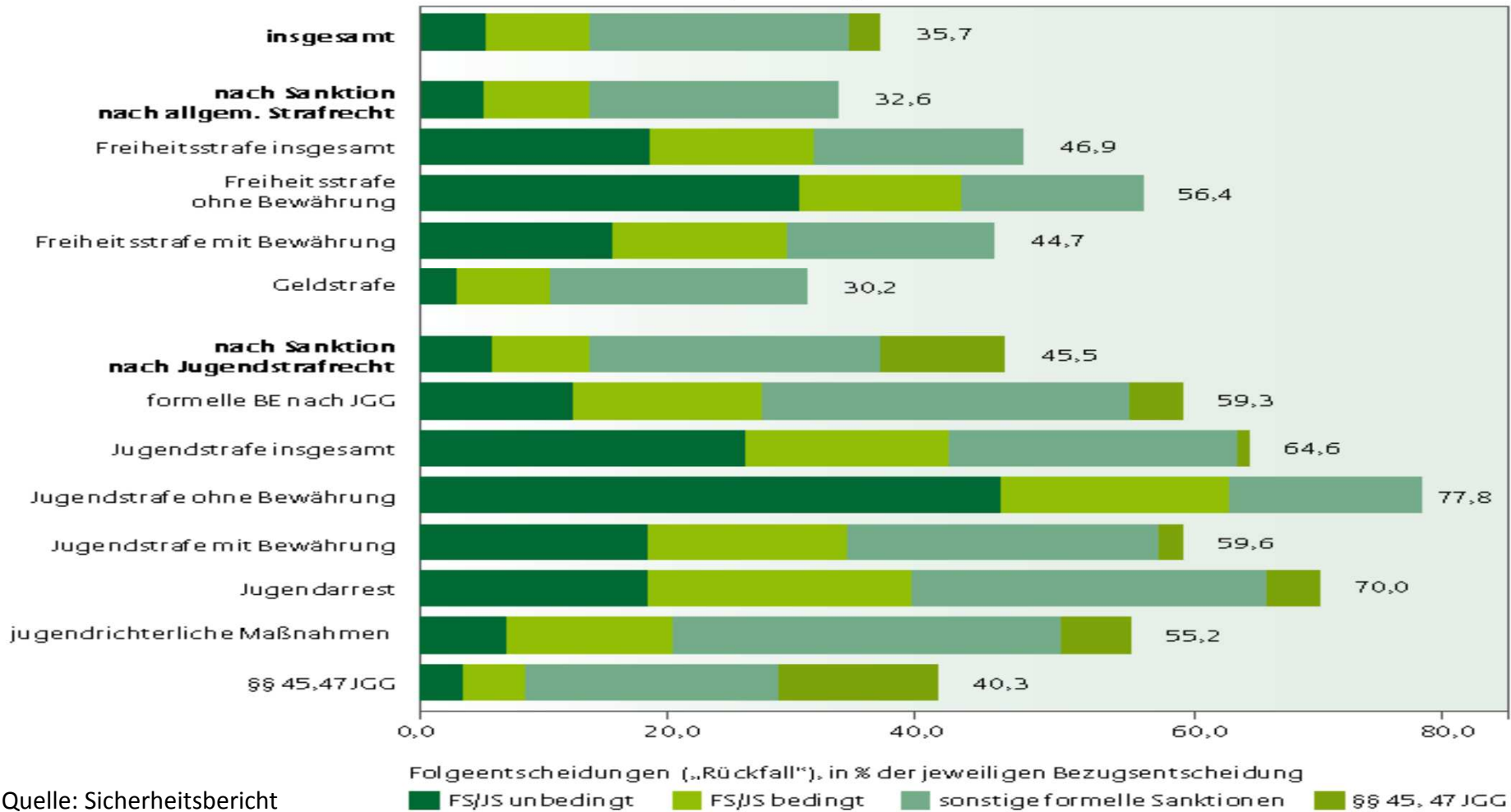
Spezial- und Generalprävention

	Positive (Mittel der Einwirkung ist Erziehung, Überzeugung)	Negative (Art/Mittel der Einwirkung ist Zwang)
Spezial- prävention (Adressat ist der Täter)	Resozialisierung, Erziehung (vgl. § 2 S. 1 StVollzG)	Individualabschreckung, Sicherung durch Separation des Täters
General- prävention (Adressat ist Allgemeinheit)	Normverinnerlichung, Stärkung des Rechtsbewusstseins bzw. Vertrauens in die Rechtsordnung (vgl. § 47 StGB)	Abschreckung der Allgemeinheit

Funktioniert negative Generalprävention?

- „Empirische Befunde sprechen eindeutig dafür, dass (...) Strafandrohung, Strafschwere und objektive Sanktionswahrscheinlichkeiten praktisch **keinen** Einfluss auf das Begehen von Straftaten haben.“ (Lamnek 1994, S. 235)
- „Für die Gruppe der Personen mit schwacher Normbindung lässt sich feststellen, dass Personen mit Perzeption eines hohen Bestrafungsrisikos sich signifikant in der (...) Verhaltensbereitschaft **unterscheiden** von Personen, die ein niedriges Bestrafungsrisiko perzipieren.“ (Albrecht 1980, S. 320)
- „Im Gegensatz zu älteren Längsschnittstudien wird in der vorliegenden Studie das Abschreckungsmodell **bestätigt**.“ (Bishop 1984, S. 311)

Funktioniert Spezialprävention?



Systemimmanente Alternativen

Im Verfahren

Ausweitung des anwaltlichen Beistands

Stärkung der Opferinteressen

Geldstrafe durch Polizei

Alternative Rechtsfolgen: z.B. Fußfessel

Ausweitung der Diversion

Grds. Diversion, insb. §§ 45, 47 JGG

z.T. Vorschlag durch Polizei

Umgehung des rechtstaatl. Verfahrens

Relevanz im Erwachsenenstrafrecht wegen
Überbelastung der Polizei

§ 398 a AO

Täter-Opfer-Ausgleich

Systemtranszедente Alternativen

Abolitionismus/Entkriminalisierung

Abschaffung der Freiheitsstrafe

Stärkung nicht-staatlicher Reaktionen

Prävention

Zivilrechtliche Rechtsfolgen